

5. Dezember 2013

Zusammenfassung der Parlamentssitzung mit den Ergebnissen von heute Donnerstag, 5. Dezember 2013

Voranschlag 2014 der Stadt Wil und der TBW genehmigt

Heute Donnerstag, 5. Dezember 2013, hat das Wiler Stadtparlament den Voranschlag 2014 der Stadt Wil (Investitionsrechnung und Erfolgsrechnung) und der Technischen Betriebe Wil TBW (Investitionsrechnung und Laufende Rechnung) genehmigt. Dabei wurden der Steuerfuss auf 129 Steuer-prozent und der Grundsteuersatz auf 0,6 Promille festgesetzt, womit das Stadtparlament in beiden Fällen den Anträgen des Stadtrats folgte. Zudem hat das Parlament eine Teilrevision des Geschäftsreglements des Stadtparlaments betreffend elektronische Abstimmungsanlage angenommen. Diese Abstimmungsanlage feierte an der heutigen Budgetsitzung Premiere und Bestand diese Feuertaufe ohne Probleme.

45 von 45 Mitgliedern des Stadtparlaments waren an der Sitzung anwesend.

1. Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtparlaments betreffend Abstimmungsanlage

a) Zusammenfassung des Berichts und Antrags des Parlamentspräsidiums

Das Präsidium des Wiler Stadtparlaments hat im August 2013 der Beschaffung einer Abstimmungsanlage für 11'500 Franken zugestimmt, welche erstmals an der heutigen Sitzung vom 5. Dezember 2013 eingesetzt wird. Grundlage für die Abstimmung mit dieser Abstimmungsanlage bilden insbesondere die Artikel 93 bis 95 im Geschäftsreglement des Stadtparlamentes. Das Präsidium beantragt dem Stadtparlament eine entsprechende Teilrevision des Geschäftsreglements.

Vorgesehen ist, dass ab sofort alle Abstimmungen elektronisch vorgenommen werden. Ausgenommen sind Fälle, bei denen einem Antrag kein Gegenantrag gegenübersteht – gemäss Artikel 88 Geschäftsreglement kann der solchermassen unbestrittene Antrag ohne Abstimmung zum Beschluss des Parlaments erhoben werden. Auch Wahlen werden nicht elektronisch durchgeführt.

Ein Antrag wird, soweit er nicht aus den Unterlagen ersichtlich ist, auf einer Leinwand und auf Bildschirmen auf den Tischen des Präsidiums und des Stadtrats angezeigt. Die Präsidentin oder der Präsident eröffnet die Abstimmung.

mung, worauf ein auf Leinwand und Bildschirmen ersichtlicher Countdown von 15 Sekunden läuft. Abstimmungsberechtigt sind nur Mitglieder des Stadtparlaments, welche im Saal sind, ein Wechsel im Abstimmungsverhalten ist während des Countdowns möglich, wobei das Abstimmungsverhalten angezeigt wird. Nach Ablauf des Countdowns wird das Abstimmungsergebnis ebenfalls angezeigt. Abstimmungsverhalten und -ergebnis werden ausgedruckt und von der ersten Stimmenzählerin respektive vom ersten Stimmenzähler unterzeichnet. Im Beschlussprotokoll werden Abstimmungsverhalten und -ergebnis als Anhang in Form einer Namensliste veröffentlicht.

Antrag des Parlamentspräsidiums:

Der Nachtrag I zum Geschäftsreglement des Stadtparlamentes sei zu genehmigen.

b) Eintretensdebatte

Eintreten auf das Geschäft war unbestritten und wurde von **Parlamentspräsident Michael Sarbach** zum Beschluss erhoben.

c) Detailberatung

Eine Detailberatung wurde nicht geführt.

e) Abstimmungen

Antrag des Parlamentspräsidiums: Der Nachtrag I zum Geschäftsreglement des Stadtparlamentes sei zu genehmigen.

Der Antrag des Parlamentspräsidiums wurde – letztmalig mit Handerheben - einstimmig angenommen.

Im Anschluss an die Abstimmung führte **Kurt Hanselmann, Leiter Informatik der Stadt Wil**, kurz in die Bedienung der elektronischen Abstimmungsanlage mit den personalisierten Keypads ein. Nach einem Praxis-Probelauf konnte die Anlage für die nachfolgenden Abstimmungen der 10. Sitzung des Stadtparlaments in Betrieb genommen werden.

2. Voranschlag und Steuerfuss für das Jahr 2014

a) Zusammenfassung des Berichts und Antrags des Stadtrats

Voranschlag 2014 der Technischen Betriebe Wil

Der Voranschlag 2014 der Technischen Betriebe Wil TBW orientiert sich an den Erfahrungswerten des Vorjahrs und berücksichtigt die prognostizierten Zunahmen auf der Energieseite sowie die steigenden Kundenzahlen und Dienstleistungen im Kommunikationsbereich. Dabei gehen die Technischen Betriebe Wil (TBW) von einer leichten Steigerung gemäss dem Trend der Vorjahre aus. Bei einem **Betriebsertrag** von Fr. 71,6 Mio. und einem **Aufwand** von Fr. 69,5 Mio. weist der TBW-Voranschlag 2014 einen **Ertragsüberschuss** von rund Fr. 2,1 Mio. aus.

- **Energie-Ertrag, Energie-Aufwand:** Der Energiemarkt befindet sich im Umbruch. Das Energiegeschäft ist aufgrund der aktuell verfügbaren Preisbasis sowie den prognostizierten Verbrauchsmengen berechnet.
- **Personalaufwand:** Der Personalaufwand bleibt auf Vorjahresniveau. Die Teuerung ist mit 0,0% sowie die ordentlichen Stufenerhöhungen sind mit 0,8% eingerechnet.
- **Sachaufwand:** Die Zunahme beim Sachaufwand ist unter anderem auf die Umsetzung von Legislaturzielen zurückzuführen, da externe Leistungen zugezogen werden müssen. Im Weiteren sind aber auch höhere Marketinganstrengungen im Kommunikationsnetz erforderlich.
- **Abschreibungen:** Aufgrund der gestiegenen Kontokorrentschulden bei der Stadt resultieren entsprechend höhere Zinskosten.
- **Sonstiger Betriebsaufwand:** Die Mehrkosten sind trotz des tieferen Zinsfusses auf höhere Zinskosten zurückzuführen.
- **Abgaben an Stadt:** Die budgetierten Abgaben für die drei Geschäftsbereiche betragen gesamthaft Fr. 4,070 Mio. (Elektrizitätsversorgung Fr. 1'237'000.-- inkl. Fr. 0,25 Mio. Zusatzabgabe); Kommunikationsnetz Fr. 1'509'000.-- inkl. Fr. 0,50 Mio. Zusatzabgabe); Gasversorgung Fr. 1'324'000.-- inkl. Fr. 0,25 Mio. Zusatzabgabe).
- **Rechnungsüberschuss:** Es verbleibt ein Rechnungsüberschuss von gesamthaft Fr. 2,123 Mio. (Elektrizitätsversorgung Fr. 492'834.--; Kommunikationsnetz Fr. 700'539.--; Gasversorgung Fr. 480'198.--; Wasserversorgung Fr. 449'055.--).
- **Investitionen:** Die Gesamt-Investitionen der TBW betragen für das kommende Jahr 2014 insgesamt Fr. 10,190 Mio. (Elektrizitätsversorgung Fr. 2'983'000.--; Kommunikationsnetz Fr. 3'968'000.--; Gasversorgung Fr. 1'981'000.--; Wasserversorgung Fr. 1'258'000.--). Dabei werden rund 75% in die Erneuerung der Verteilanlagen investiert. Die Investitionen für die Glasfaser-Infrastruktur sind im Budget berücksichtigt, werden aber als separate Vorlage dem Parlament zur Genehmigung unterbreitet.

Zusammenfassend darf festgestellt werden, dass die TBW trotz des zunehmenden Wettbewerbs und des stärkeren Preisdrucks wiederum ein positives Rechnungsergebnis vorlegen können.

Anträge des Stadtrats zum Voranschlag 2014 der Technischen Betriebe Wil:

- Antrag 1 des Stadtrats: Der Voranschlag für das Jahr 2014 der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung der Technischen Betriebe Wil sei zu genehmigen.
- Antrag 2 des Stadtrats: Es sei festzustellen, dass der Beschluss gemäss Ziffer 1 Antrag des Stadtrats dem fakultativen Referendum untersteht.

Voranschlag 2014 der Stadt Wil

Im Voranschlag der Erfolgsrechnung 2014 der Stadt Wil steht ein **Gesamtaufwand** von 138'749'500 Franken einem **Gesamtertrag** von 134'834'900 Franken gegenüber, dies ergibt als **Ergebnis** einen Ausgabenüberschuss, sprich ein Defizit von 3'914'600 Franken (Vorjahr: Gesamtaufwand 129'087'800 Franken; Gesamtertrag 128'160'700 Franken; Ergebnis: Ausgabenüberschuss 927'100 Franken).

Insbesondere die Auswirkungen der kantonalen Sparpakete I und II sowie der II. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz und zum Gesetz über die Pflegefinanzierung tragen zu diesem Ergebnis bei und belasten den städtischen Haushalt im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahresbudget mit zusätzlich 2,4 Millionen Franken. Dies entspricht rund 5 Steuerprozenten und liegt insbesondere in der Neuordnung der Pflegefinanzierung begründet. Weitere neue gebundene Ausgaben in der Grössenordnung von rund Fr. 2,7 Millionen belasten den städtischen Haushalt zusätzlich.

Trotz des daraus resultierenden, prognostizierten Defizites von fast 4,0 Millionen Franken will der Stadtrat den **Steuerfuss** lediglich um die mit dem Sportpark Bergholz im Zusammenhang stehenden 5 Prozentpunkte von 124% auf 129% anheben. Der **Grundsteuersatz** soll bei 0,6 Promille belassen werden. Das Defizit soll dem Eigenkapital belastet werden.

Ausführungen zum Ertrag: Der prognostizierte Gesamtertrag 2014 beträgt 134'834'900 Franken.

- **Steuerertrag der natürlichen und juristischen Personen:** Für das Jahr 2014 wird bei den *Steuern der natürlichen Personen* eine mutmassliche Einfache Steuer von 47'779'000 Franken prognostiziert. Berücksichtigt sind dabei im Vergleich zum Vorjahr ein Zuwachs von 0,5 Prozent infolge der Zunahme der Wohnbevölkerung sowie der prognostizierte durchschnittliche kantonale Zuwachs von 1,8 Prozent. Bei den *Nachzahlungen* wird mit insgesamt 3,4 Millionen Franken gerechnet. Bei einem beantragten Steuerfuss von 129 Prozent belaufen sich damit die mutmasslichen *Einnahmen 2014 aus Einkommens- und Vermögenssteuern* auf rund 65,0 Millionen Franken. Bei den *Steuern juristischer Personen* sind 7,75 Millionen Franken budgetiert.
- **Abgaben der Technischen Betriebe Wil:** Die budgetierten Abgaben für alle drei Versorgungswerke betragen gesamthaft 4,07 Millionen Franken, zusammengesetzt aus den Beiträgen aus Elektrizitätsversorgung (1'237'000.-), Gasversorgung (1'324'000.-) und Kommunikationsnetz (1'509'000.-). Die Gesamt-Abgaben der TBW fallen damit rund 330'000 Franken höher aus als im Vorjahr.
- **Soziodemographischer Lastenausgleich:** Mit der Änderung des Finanzausgleichsgesetzes wird ab 2014 ein neuer Sonderlastenausgleich geschaffen, der die überdurchschnittliche Belastung von Gemeinden mit hohen Sozialausgaben und Gesundheitskosten ausgleichen soll. Der Stadt Wil wird seitens des Kantons ein Lastenausgleich von rund 0,85 Millionen in Aussicht gestellt.

Ausführungen zum Aufwand: Der prognostizierte Gesamtaufwand 2014 beträgt 138'749'500 Franken.

- Der **Personalaufwand** beträgt gesamthaft 54,61 Millionen, das entspricht einem Rückgang von 0,02 Prozent. Darin beinhaltet sind die für 2014 beantragten Stellenbegehren.
- Der im Voranschlag 2014 prognostizierte **Sachaufwand** beträgt 19,67 Millionen Franken; damit liegt er rund 90'000 Franken oder 0,45 Prozent über dem Voranschlag 2013. Darin enthalten sind gebundene Mehrkosten

von 150'000 Franken für den Sicherheitsdienst sowie eine Budgetkorrektur 2013 in der Höhe von 500'000 Franken für den Unterhalt der Schulbauten.

- Die Abschreibungen erfolgen seit 2013 linear. Für 2014 sind **Abschreibungen** von 7,0 Millionen Franken und budgetiert.
- Die weiterhin tiefen Zinssätze wirken sich positiv auf die **Passivzinsen**, also auf die Schuldzinsbelastung der Stadt Wil aus. Trotz markanter Zunahme der Verschuldung von 50 auf rund 90 Millionen Franken nimmt die voraussichtliche Nettozinsbelastung 2014 gegenüber dem Voranschlag 2013 um lediglich rund 140'000 Franken zu und beträgt für das Jahr 2014 rund 1,84 Millionen.

Investitionsrechnung: Die Investitionsrechnung 2014 rechnet mit Bruttoinvestitionen von 18'796'000 Franken. Nach Abzug der Beiträge von Dritten in Höhe von 4'439'000 Franken ergeben sich Nettoinvestitionen von 14'357'000 Franken. Von den Bruttoinvestitionen sind 6,032 Millionen bereits rechtskräftig bewilligt. Der Stadtrat beantragt, weitere Investitionen von total 6,525 Millionen mit dem Voranschlag 2014 zu genehmigen, für die übrigen Investitionen von 1,8 Millionen werden dem Stadtparlament separate Vorlagen unterbreitet. In der Investitionsrechnung ist auch das Vorhaben «Schulanlage Lindenhof (Gesamtanlage): Sanierung Energiezentrale» aufgeführt. Dieses Vorhaben ist grün eingefärbt, was bedeutet, dass es mit dem Voranschlag 2014 bewilligt werden soll. Der Stadtrat ist anlässlich seiner Sitzung vom 4. Dezember 2013 bei nochmaliger Prüfung zum Schluss gekommen, dass dieses Vorhaben mit einem separaten Bericht und Antrag dem Stadtparlament unterbreitet werden soll.

Verschuldung: Die Verschuldung wird per Ende 2014 auf rund 94 Millionen Franken ansteigen. Ab 2015 kann von einem Rückgang der Verschuldung ausgegangen werden, sofern die Ergebnisse des laufenden Haushaltes keine wesentlichen Defizite aufweisen.

Eigenkapital: Aufgrund des voraussichtlichen Rechnungsergebnisses 2013 mit einem Aufwandüberschuss von 2,2 Millionen kann per Ende 2013 von einem Eigenkapital in der Höhe von rund 19,5 Millionen Franken ausgegangen werden. Allfällige höhere Ausgabenüberschüsse in den Rechnungen 2013 und 2014 könnten Dank der nach wie vor komfortablen Eigenkapitalbasis aus eigenen Mitteln aufgefangen werden, ohne den finanziellen Handlungsspielraum allzu stark einzuschränken.

Frühzeitig handeln: Massnahmen für die Bereinigung eines strukturellen Defizits. Nachdem die Auswirkungen der kantonalen Sparpakete I und II sowie der Revision des Finanzausgleichsgesetzes und des Gesetzes über die Pflegefinanzierung weitgehend bekannt sind, muss davon ausgegangen werden, dass ein jährlich strukturell bedingtes Defizit von rund 2,5 Millionen Franken resultieren wird. Der Stadtrat hat sich zum Ziel gesetzt, nach Vorliegen der ersten Jahresrechnung der vereinigten Stadt Wil eine Aufgaben- und Leistungsüberprüfung vorzunehmen. Für diese Aufgabe soll eine Projektgruppe gebildet werden.

Anträge des Stadtrats zum Voranschlag 2014 der Stadt Wil:

- Antrag 1 des Stadtrats: Der Steuerfuss für das Jahr 2014 sei auf 129% der Einfachen Steuer festzusetzen.
- Antrag 2 des Stadtrats: Der Grundsteuersatz für das Jahr 2014 sei auf 0,6 Promille festzusetzen.
- Antrag 3 des Stadtrats: Der Voranschlag der Erfolgs- und der Investitionsrechnung der Stadt Wil für das Jahr 2014 sei zu genehmigen.

- Antrag 4 des Stadtrats: Es sei festzustellen, dass die Beschlüsse gemäss Ziffern 1-3 Anträge des Stadtrats dem fakultativen Referendum unterstehen.

b) Zusammenfassung des Kurzberichts der vorberatenden Kommission

Die siebenköpfige, ständige Geschäftsprüfungskommission (GPK) unter dem Vorsitz von Klaus Rüdiger (SVP) hat das Geschäft vorberaten. Diskutiert wurden insbesondere die Erfolg- und Investitionsrechnung der Stadt Wil, der Steuerfuss - und Steuerplan, die Abschreibungen, die Stellenbegehren und das Informatikbudget sowie der Voranschlag der TBW.

Bezüglich des **Voranschlags 2014 der Technischen Betriebe Wil** unterstützt die GPK die Anträge des Stadtrats und stellt keine eigenen Anträge.

Bezüglich des **Voranschlags 2014 der Stadt Wil** unterstützt die GPK die Anträge des Stadtrats ebenfalls und stellt zudem den folgenden, eigenen Antrag: «Die vom Stadtrat am 25. September 2013 bewilligten Stellenbegehren bzw. Anpassungen im Konto 21902.30100 Löhne Schulverwaltung (Erhöhung der Stelle Departementsassistentin von 80% auf 100% und die Erhöhung der Stelle Sachbearbeiterin Schulbetrieb von 50% auf 100%) seien auf ein Jahr zu befristen.» Die GPK fordere für den Voranschlag 2015 das Departement BS auf, die beiden Stellenbegehren auf dem ordentlichen Verfahrensweg neu zu beantragen, um die Notwendigkeit der zusätzlichen Stellenbegehren nachzuweisen, begründet die GPK diesen Antrag.

c) Eintretensdebatte

Eintreten auf den Voranschlag ist obligatorisch.

d) Allgemeine Diskussion: Voranschlag 2014 der Technischen Betriebe Wil

Einleitend zeigte **GPK-Präsident Klaus Rüdiger** die Arbeit der Geschäftsprüfungskommission auf, welche den Voranschlag 2014 der TBW vorberaten hat. In ihrer vorberatenden Sitzung mit dem Departement Versorgung und Sicherheit habe sich die GPK davon überzeugen können, dass sich die städtischen Betriebe auf die Herausforderungen im Markt- und Verdrängungskampf insbesondere im Geschäftsbereich Kommunikation und Energieversorgung gut vorbereitet haben.

Stadtrat Daniel Meili, Vorsteher des Departements Versorgung und Sicherheit, zeigte sich erfreut, dass die TBW einen wiederum positiven Voranschlag 2014 mit einem Ertragsüberschuss von rund Fr. 2,1 Mio. präsentieren können. Anschliessend führte er aus, basierend auf welchen Grundlagen und Entwicklungs-Annahmen dieser Voranschlag erstellt worden ist. Zudem präsentierte er kurz einige Vorlagen, die dem Parlament im kommenden Jahr unterbreitet werden sollen, unter anderem «Fibre to the home».

Die TBW erbringe gute Leistungen, zumal zu Tarifen, die sich im Wettbewerb und Vergleich mit anderen Werken durchaus sehen lassen können, hielt **Erwin Schweizer (CVP)** fest. Die CVP habe indes die steigenden Kosten für Werbemassnahmen mit einiger Besorgnis zur Kenntnis genommen – hier werde ein immer grösserer Aufwand betrieben. Zudem stelle sich seine Fraktion Fragen bezüglich der Beteiligung an einer Beschaffungsplattform – hierfür seien 100'000 Franken im Voranschlag eingestellt. Zusammenfassend erklärte Erwin Schweizer, dass die CVP den TBW-Voranschlag gutheisse. **Stadtrat Daniel Meili** griff das Stichwort Beschaffungsplattform auf:

Diesbezüglich sei noch nichts entschieden, es gehe um eine Prüfung der Möglichkeiten. Dabei stehe man auch im Kontakt mit umliegenden Werken und Versorgern, um so eine möglichst optimale Lösung zu finden.

Dora Luginbühl (SP) bezog sich in ihrem Votum namens ihrer Fraktion auf das Projekt «Fibre to the home». Für das kommende Jahr seien rund 1,8 Millionen Franken für Verteilnetz-Anlagen vorgesehen, ein Teil davon eben für Glasfasern. Auch im vergangenen Jahr sei in diesem Bereich schon investiert worden – da stelle sich die SP die Frage, ob sich das Stadtparlament zu «Fibre to the home» noch einbringen und mitdiskutieren könne oder ob es einfach «vor ein fait accompli gestellt wird». Dass Stadtrat Daniel Meili eine entsprechende Vorlage in Aussicht gestellt habe, sei vor diesem Hintergrund erfreulich. Ganz allgemein sei die SP-Fraktion zufrieden mit dem Voranschlag 2014 und auch mit dem Geleisteten im Jahr 2013 – Dora Luginbühl sprach allen Beteiligten den Dank ihrer Fraktion aus. **Stadtrat Daniel Meili** verwies in Beantwortung der SP-Frage darauf, dass Erneuerungen am Leitungsnetz heute nicht mehr mit Kupferleitungen gemacht würden, sondern direkt mit Glasfasern, da dies zukunftsgerichteter sei und auch leicht günstiger komme als die bisherige Technik.

e) Detailberatung: Voranschlag 2014 der Technischen Betriebe Wil

Einleitend bezog sich **GPK-Präsident Klaus Rüdiger** auf eine Budget-Position von 100'000 Franken für die Beteiligung an einer Beschaffungsplattform. Hierbei gehe es um die professionelle Beschaffung von Strom zu wettbewerbsfähigen Konditionen. Da die TBW personell nicht in der Lage seien, den Marktzugang und das Portfoliomanagement in optimaler Form selbst zu erbringen, eröffne die Beteiligung an dieser Beschaffungsplattform einen vorteilhaften Marktzugang und damit einen günstigeren Stromeinkauf. Sodann verwies Klaus Rüdiger auf «Fibre to the Home». Da das entsprechende Konto nicht näher differenziert worden sei, fallen hier zwei Investitionen zusammen: Punktuelle Neuanschlüsse werden bereits heute mit der neuesten Technologie, d.h. FTTH, erschlossen. Die Quartierserschliessungen, also die grossen Erschliessungen über FTTH, werden später gemäss Stadtrat Daniel Meili mit einer separaten Vorlage dem Parlament präsentiert.

In der Detailberatung zur Investitionsrechnung griff **Mario Schmitt (SVP)** die Beteiligungen an einer Beschaffungsplattform noch einmal auf: Hier seien die möglichen Vorteile aufzuzeigen. Allerdings gebe es diese Plattform derzeit noch gar nicht, sodass diese Investition demnach noch gar nicht ausgelöst werden könne – daher stelle er den Antrag, den fraglichen Betrag von 100'000 Franken zu streichen und ihn erst wieder zu budgetieren, wenn die Plattform geschaffen sei. **Stadtrat Daniel Meili** legte dar, dass er zu einer solchen möglichen Plattform noch keine weiteren Details erläutern könne – es gehe um eine erste Prüfungsphase. Klar sei aber, dass die Dringlichkeit für eine solche Dienstleistung hoch und ausgewiesen sei. Eine solche Plattform diene der TBW einkaufsseitig für die Prüfung der Verfügbarkeiten und der Mengen der Bezüge. Er mache beliebt, die Möglichkeit offen zu halten und dem Stadtrat so den Spielraum zu belassen, dann zeitnah zu entscheiden, wenn das Thema aktuell wird. **Mario Schmitt (SVP)** hielt fest, dass sein Antrag nicht darauf abziele, jetzt konkret etwas zu sparen. Wenn dann eine solche Plattform zur Verfügung steht, welche sorgfältig geprüft sei, sei eine solche Option ja dannzumal vielleicht dem Parlament sogar einen höheren Betrag wert. Derzeit sei dieses Projekt aber noch nicht in die Investitionsrechnung aufnehmen, da diese Plattform noch nicht besteht. **Guido Wick (GRÜNE prowil)** machte bleibt, den Antrag zu ergänzen um den Hinweis, dass der Stadtrat dem Stadtparlament zu gegebener Zeit eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten habe. **Mario Schmitt (SVP)** stimmte dem zu und ergänzte seinen Antrag dahingehend.

Diese Budgetposition sei auch in der CVP-Fraktion diskutiert worden, so **Christoph Hürsch (CVP)**: Das Stichwort Beteiligungen «löst derzeit beim Parlament quasi einen Reflex aus, sodass eingehender hingeschaut wird». Seien Fraktion habe indes beschlossen, keinen Antrag zu stellen. Inhaltlich stelle sich die Frage, ob mit diesem Projekt schon eine gewisse Präjudiz geschaffen werde hinsichtlich einer künftigen Unternehmensstrategie der TBW – in

diesem Bereich sei ja mit dem Vorstoss von Mario Breu eine Auslegeordnung zuhanden des Parlaments gefordert worden.

In der Detailberatung zur Laufenden Rechnung im Bereich Elektrizitätsversorgung griff **Mario Schmitt (SVP)** das Konto Unterhalt Zähler/Empfänger auf: Ob Stadtrat Daniel Meili kurz aufzeigen könne, wie hoch die Gesamtkosten der Umstellung von heutigen Zählern auf moderne Smartmeter und auf Lastgangzähler im Unternehmensbereich ausmachen. **Stadtrat Daniel Meili** führte aus, dass es sich hierbei um eine kontinuierliche Umstellung auf diese neuen Smartmeter handle, allerdings seien die entsprechenden Zahlen nicht aufgeteilt nach Privathaushalten und Unternehmen.

Bezüglich der Wasserversorgung kritisierte **Reto Gehrig (CVP)**, dass der Aufwand für Informationen und Marketing stetig steige – für das Jahr 2014 sei in den verschiedenen Bereichen fast eine halbe Million budgetiert worden. Information und Marketing sei «sicherlich sinnvoll und notwendig im Bereich Kommunikationsnetz, aber weniger notwendig im Gas- und Wasserversorgungsbereich», wo die TBW ja quasi monopolistisch agieren. Daher stellte er den Antrag, die entsprechenden Positionen im Bereich Gas um 50'000 Franken und im Bereich Wasser um 20'000 Franken zu kürzen. **Stadtrat Daniel Meili** zeigte auf, dass der Marketing-Aufwand für den Bereich Gas nur einen Prozentbruchteil des Umsatzes ausmache – dies sei «ein Minimalbetrag». Zudem bestehe im Gasbereich Informationsbedarf, um einerseits Information bezüglich der Vorzüge von Gas und Biogas als Energieträger zu verbreiten und andererseits Kunden in den umliegenden Gemeinden zu gewinnen, wo die TBW noch nicht so präsent seien wie in der Stadt Wil selber. Im Wasserbereich sei sodann für das kommende Jahr unter anderem ein Projekt «Trinkwasser in Unternehmen» geplant, mit dem Hahnenwasser statt Flaschen-Mineralwasser beworben werden solle. **Guido Wick (GRÜNE prowil)** zeigte Verständnis für den Antrag von Reto Gehrig. Bei den TBW werde «ein hoher Personenkult» gepflegt – so erscheinen eigene Publikationen oftmals «zu günstigen Zeitpunkten» vor Wahlen und so weiter. «Dies erscheint uns etwas störend – wir wollen einmal noch ein Jahr zuschauen, wenn dieser Eindruck aber weiterhin so bestehen bleibt, dann wird unsere Fraktion aktiv werden.» Auch **Marianne Mettler (SP)** unterstützte das Votum. Sie machte aber beliebt, nicht diese konkreten Positionen anzutasten, weil mit diesem Posten auch Projekte wie der Wasserrappen verknüpft seien. Allenfalls könne eher im Bereich Kommunikationsnetz ein analoger Betrag für Information und Marketing eingespart werden? **Stadtrat Daniel Meili** entgegnete, dass gerade im umstrittenen Kommunikationsmarkt Marketing sehr wichtig sei. «Wenn wir diesen Bereich aktiv erhalten wollen, der ja einen namhaften Beitrag an die TBW und ihr Ergebnis liefert, dann sollten hier keine Marketing-Mittel gestrichen werden.» **Mario Schmitt (SVP)** führte aus, es persönlich sei «nicht per se gegen Einsparungen – es ist aber nicht sinnvoll, bei der TBW als Milchkuh der Stadt Wil zu sparen.» Seiner Ansicht nach wäre es ein grosser Fehler, Marketing-Mittel gerade dort zu beschneiden, wo Gewinn erwirtschaftet wird. **Reto Gehrig (CVP)** erklärte, er habe noch keinen Wiler gesehen, der Gas in Winterthur kaufe oder Wasser in St.Gallen beziehe – hier sei also Marketing nicht zwingend nötig, lediglich der Bereich Information sei wichtig. Es sei Aufgabe des Staates, zu kostendeckenden und gleichzeitig möglichst günstigen Konditionen die Versorgungssicherheit gewährleisten – die Leistungen in diesem «geschützten Bereich» seien aber nicht zu bewerben mit dem Ziel, Kundinnen und Kunden zu gewinnen.

Marc Flückiger (FDP) hielt fest, dass er diese Anträge nicht unterstützen könne: Er komme selber aus dem Lebensmittelbereich und wisse aus eigener Erfahrung, dass gerade beim Wasser Aufklärung und Information notwendig sei, weil viele Konsumentinnen und Konsumenten immer noch Mineralwasser dem Hahnenwasser als Trinkwasser vorziehen, weil ihnen dieses Flaschenwasser vermeintlich besser erscheint.

f) Abstimmungen: Voranschlag 2014 der TBW

- Antrag SVP-Fraktion: Konto 5100.5420. Auf die Beteiligung an einer Beschaffungsplattform von Fr. 100'000 sei zu verzichten und es sei dem Parlament zu gegebener Zeit eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Dieser Antrag der SVP wurde mit 18 Ja- zu 22 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

- Antrag Reto Gehrig (CVP): Konto 5480.3105 Die Marketingkosten sind im Gasbereich um Fr. 50'000 zu kürzen.

Dieser Antrag von Reto Gehrig (CVP) wurde mit 6 Ja- zu 37 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

- Antrag Reto Gehrig (CVP): Konto 5580.3105. Die Marketingkosten sind im Wasserbereich um Fr. 20'000 zu kürzen.

Dieser Antrag von Reto Gehrig (CVP) wurde mit 4 Ja- zu 38 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

- Antrag 1 des Stadtrats: Der Voranschlag für das Jahr 2014 der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung der Technischen Betriebe Wil sei zu genehmigen.

Der Antrag des Stadtrats wurde mit 41 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

- Antrag 2 des Stadtrats: Es sei festzustellen, dass der Beschluss gemäss Ziffer 1 Antrag des Stadtrats dem fakultativen Referendum untersteht.

Parlamentspräsident Michael Sarbach stellte dies fest, nachdem aus der Mitte des Parlaments kein Einwand erhoben wurde.

d) Allgemeine Diskussion: Voranschlag 2014 der Stadt Wil

Der Voranschlag 2014 beinhaltet eine spezielle Herausforderung, so **GPK-Präsident Klaus Rüdiger**: Nach einigen Jahren mit positiven Rechnungsabschlüssen sehe sich die Stadt Wil nun mit einem erheblichen Aufwandüberschuss konfrontiert. Dank einer stattlichen Eigenkapitalbasis könne dennoch ein ausgeglichener Voranschlag präsentiert werden. Indes bestehe Bedarf an Massnahmen – «ansonsten ist das Eigenkapital bald aufgezehrt.» Das Projekt HRM2 zur neuen Rechnungslegung wie auch die Gemeindevereinigung seien im ausklingenden Jahr grosse Herausforderungen für die Verwaltung gewesen und hätten auch dazu geführt, dass man sich «ein Bisschen im Nebel bewegt». Dass auch die Rechnung 2013 zum heutigen Zeitpunkt natürlich noch nicht vorliegen könne, erschwere die Thematik zusätzlich. Augenfällig sei im Voranschlag 2014 ein Ausgabenwachstum – und dieses Sorge sicherlich «für Bauchschmerzen». Die Kostenverlagerungen vom Kanton zur Stadt tragen einen grossen Teil dazu bei, führte Klaus Rüdiger aus. Auch die Ertragsseite bereite etwas Sorge, so seien unter anderem Einbussen unter anderem bei Steuererträgen natürlicher Personen zu verzeichnen. «Wie die Ertragsseite weiter verbessert werden könnte – diese Frage zog sich wie ein roter Faden durch die GPK-Beratung.» Rüdiger bezeichnete die Bereinigung des strukturellen Defizits als «wichtige Aufgabe» – daher begrüsse die GPK die vorgesehene Aufgaben- und Leistungsüberprüfung der Verwaltung. Schon bei der Erarbeitung des Voranschlags habe der Stadtrat konsequent an der Reduktion der Aufwandseite gearbeitet. «Dieser restriktive Sparprozess hat die Höhe des Aufwandüberschusses reduziert, er beträgt aber immer noch fast 4 Millionen.» Daher habe die GPK eine Frage an alle Departemente gerichtet: «Worauf müssten die Bürgerinnen und Bürger verzichten, wenn der Aufwandüberschuss pro Departement um 3 Prozent reduziert werden müsste?» Als Beantwortung seien der GPK unterschiedliche Zusammenstellungen mit Listen von denkbaren Einsparungen zur Verfügung gestellt worden – darunter seien «Massnahmen, die direkte Auswirkungen auf die Leistungen, Dienstleistungen und Qualität sowie nicht zuletzt auf die Attraktivität der ganzen Stadt Wil haben würden.» Finanzpolitisch sei die derzeitige Situation keine einfache Herausforderung, schloss Klaus Rüdiger seine Einleitung.

Die Grundlagen für einen Voranschlag sind jeweils Vorjahresrechnung und –budget, zeigte **Stadtpräsidentin Susanne Hartmann** auf. Die Erarbeitung des Voranschlags 2014 sei eine grosse Herausforderung für den Stadtrat und die Verwaltung gewesen, weil noch keine gesicherten Jahresabschlüsse vorlagen, zumal die Gemeindevereinigung hier mit hineingespielt habe. «Ich kann aber versichern, dass die Stadt die von ihr direkt beeinflussbaren Kosten im Griff hat. So konnte der Personalaufwand sogar leicht gesenkt werden, und beim Sachaufwand ist nur einen geringen Anstieg zu verzeichnen.» Der grösste Brocken seien die Verlagerungen von Kosten vom Kanton zu den Gemeinden. Dazu kommen die Abschreibungen und Zinslasten für den Sportpark Bergholz, wie dies vom Stadtrat bereits ganz zu Anfang dieses Projektes transparent kommuniziert worden sei. «Die beantragte Steuerfusserhöhung basiert hierauf – dies wurde immer so in Aussicht gestellt. Ursprünglich war gar von einem Anstieg von sechs Prozent die Rede, nun ist eine Erhöhung um fünf Prozent vorgesehen. Parlament und Bevölkerung haben damals unter dieser bekannten Prämisse ja gesagt zum Sportpark.» Der Stadtrat sei froh, dass die Stadt Wil immer noch über eine komfortable Eigenkapitalbasis verfüge – «allfällig höhere Ausgabenüberschüsse in den Rechnungen 2013 und 2014 könnten aus eigenen Mitteln aufgefangen werden, ohne die finanzielle Handlungsfreiheit einzuschränken. Das strukturelle Defizit – diese rund 2,5 Millionen – muss aber angegangen werden.» Eine extern begleitete und intern abgestützte Aufgaben- und Leistungsüberprüfung als rollender Prozess solle im Sinne eines finanziellen Führungsinstrumentes Optimierungspotenziale aufgaben- wie ausgabenseitig aufzeigen, um hier frühzeitig und nachhaltig aktiv zu werden. «Die finanzielle Situation der Stadt ist trotz des zu erwartenden Defizits nach wie vor stabil. Wil verfügt als Stadt über eine hohe Steuerkraft und einen weiterhin attraktiven Steuerfuss, auch im Vergleich mit anderen Städten oder umliegenden Gemeinden», schloss Susanne Hartmann ihre Ausführungen.

Bei der Stadt Wil sei es 2013 mit der Gemeindevereinigung und der Umstellung auf HRM2 «drunter und drüber gegangen», hielt **Sebastian Koller (GRÜNE prowil)** namens seiner Fraktion fest. Dies habe dazu geführt, dass im Budgetprozess Abläufe und Zeitpläne nicht eingehalten werden konnten und gewisse Mitarbeitende der Verwaltung «unter der hohen Arbeitsbelastung auf dem Zahnfleisch gelaufen oder gar krank geworden sind – dies sollte uns doch zu denken geben», so Koller. Die Art und Weise, wie die Stadt den Vereinigungsprozess aufgegleist habe, sei deshalb nicht gut gewesen, auch mit Blick auf die Ressourcen und Mitarbeitenden. Sodann kritisierte der Votant die Kostenüberwälzung des Kantons: «Es ist ein billiger Trick, einfach zu sagen, man habe gespart, wenn man bloss eigene Kosten auf andere verlagere, wie es der Kanton gemacht hat.» Zusätzlich sei auch das Bergholz ein zweiter grosser Brocken. «Wir müssen uns bewusst sein: Die Erhöhung des Steuerfusses auf 129 Prozent hilft uns alleine dabei, die Belastung für den Sportpark zu meistern – diese Massnahme hilft aber bei den übrigen finanziellen Herausforderungen, denen die Stadt Wil sich gegenüber sieht, nicht.» Zwei Faktoren würden den Voranschlag 2014 zudem noch etwas beschönigen: Einerseits der kantonale Startbeitrag für die Gemeindevereinigung, welcher ab 2016 wegfallen werde, und andererseits der auf ein Minimum von 0,51 Prozent heruntergefahrte werterhaltende Liegenschaftenunterhalt. «Das ist kurzfristig gedacht – dadurch können sich nicht behobene Schäden und die daraus entstehenden Kosten multiplizieren.» Er fordere den Stadtrat daher auf, im Voranschlag 2015 die diesbezüglichen selbst gesetzten Vorgaben des Liegenschaftskonzepts wieder einzuhalten. «Unsere Fraktion erwartet, dass die Stadt Wil 2015 wieder einen ausgeglichenen Haushalt führt beispielsweise durch Optimierungsmassnahmen. Die freiwilligen Leistungen in den verschiedenen Bereichen des Lebens, welche Wil erst zu einer Stadt machen, dürfen hierbei indes nicht angetastet werden – sie sind für uns tabu», schloss Sebastian Koller. **Stadtpräsidentin Susanne Hartmann** wies die Aussage von Sebastian Koller zurück, es sei in der Verwaltung «drunter und drüber gegangen»: «Es gab sicherlich Herausforderungen, die es zu meistern galt, was aber gut gelungen ist, ohne Raubbau an den Mitarbeitern oder deren Gesundheit zu betreiben.» **Stadtrat Marcus Zunzer** korrigierte sodann eine Zahl bezüglich des Liegenschaftenunterhalts: «Die genannten 0,51 Prozent stimmen so nicht. Wir hatten in der Laufenden Rechnung zwar diese Position, daneben gab es aber auch in der Investitionsrechnung teilweise anrechenbare Posten, sodass der Wert auf 0,73 Prozent kommt.» Dieser liege zwar unter den vorgesehenen 0,8 Prozent, sei aber «nahe daran». Die vorhandenen Mittel erlauben es, das zu tun, was nötig ist. «In Einzelfällen wurden Projekte im Bereich des Wahlbedarfs gestrichen,

auch wenn sie sinnvoll gewesen wären. Im Pflichtbedarf, sprich im eigentlichen Unterhalt oder in der Beseitigung von Schäden, wurde nicht gespart.»

Adrian Bachmann (FDP) schloss sich namens seiner Fraktion «in allen wesentlichen Punkten der Beurteilung des GPK-Präsidenten an, insbesondere was die Vergleichbarkeit des Voranschlags 2014 mit den Vorjahren anbelangt. Es ist ein Blindflug – und zwar in unerfreuliches Terrain.» Die FDP nehme es daher erfreut zur Kenntnis, dass der Stadtrat eine Projektgruppe für eine Aufgaben- und Leistungsüberprüfung einsetzen wolle. «Damit kann die Stadt dem strukturellen Defizit zu Leibe rücken – würde dies nicht getan, hiesse es, heute auf Kosten der Zukunft zu leben.» Vorbehältlich der Ergebnisse der heutigen Diskussion habe die FDP beschlossen, die Steuerfusserhöhung zu unterstützen. «Leicht tut sich die FDP aber nicht mit Steuerfusserhöhungen – 129 Prozent stellen für unsere Fraktion das Ende der Fahnenstange dar.» Es gehe nun darum, «konsequent zu handeln und dabei allenfalls auch unpopuläre Massnahmen zu ergreifen.»

«Die fetten Jahre sind vorbei, der Aufwandüberschuss von rund 3,9 Millionen ist beträchtlich», brachte es **Hans Moser (CVP)** für seine Fraktion auf den Punkt. Dieses Defizit könne zwar mit dem vorhandenen Eigenkapital aufgefangen werden, Sorgen mache aber das strukturell bedingte Defizit. «Dass der Stadtrat dieses Problem schon angegangen ist und eine Projektgruppe bilden wird, haben wir erfreut zur Kenntnis genommen.» Mit der Investitionsrechnung sei die CVP einverstanden. Bezüglich Laufender Rechnung merkte Moser an, dass der Aufwandüberschuss zur Hauptsache durch kantonale Kostenverlagerungen bedingt sei, nicht durch einen Anstieg der Nettoausgaben der Stadt selber. Der sozio-demografische Lastenausgleich des Kantons gleiche dies nur zu einem kleinen Teil aus. «Besonders zu denken geben aber die Steuereinnahmen – sie werden voraussichtlich schon 2013 die budgetierten Zahlen nicht erreichen. Auch für 2014 sind insbesondere die natürlichen Personen sehr optimistisch budgetiert, das Defizit wird nicht „nur“ vier Millionen ausmachen, sondern wohl noch um einiges höher ausfallen. Nur schon angesichts dessen muss der Steuerfuss um die beantragten 5 Prozent erhöht werden.» Diese Erhöhung sei sowieso mit dem Bergholz begründet und seien «in diesem Sinne quasi nur ein Vollzug dieses Projektes»: Damals schon sei der Anstieg in Aussicht gestellt worden, nun kommen diese Folgekosten zum Tragen. Neben den Zins- und Abschreibungskosten gelte es dabei auch noch die Betriebskosten zu berücksichtigen – «ein Hallenbad hat es zuvor noch nicht gegeben». Im Voranschlag sei für diese Betriebskosten ein Betrag von 1,2 Millionen Franken als Beitrag an die WISPAG eingestellt. Abschliessend hielt er fest, dass die CVP-Fraktion die Annahme der stadträtlichen Anträge empfehle.

Bereits zum dritten Mal prognostiziere der Voranschlag einen Aufwandüberschuss: «Das Defizit von rund 4 Millionen macht uns Sorgen, auch wenn wir Situation nicht ganz so schlecht sehen wie andere Fraktionen und daher nicht in ein kollektives Jammern ausbrechen wollen», legte **Mark Zahner (SP)** namens seiner Fraktion dar. Man dürfe nicht vergessen: Wil habe nach wie vor ein solides Eigenkapital und einen im Vergleich mit den anderen St.Galler Städten einen nach wie vor attraktiven Steuerfuss. Weiter führte er aus, dass der Sachaufwand und Personalaufwand klar aufzeigen, dass der Stadtrat auf die direkt beeinflussbaren Kosten geschaut habe. Auch die Investitionsrechnung könne die SP gutheissen. «Nur allzu strikte Sparmassnahmen beim Liegenschaftunterhalt könnten sich als Bumerang erweisen», warnte Mark Zahner. Zur Hauptsache seien es die kantonalen Sparmassnahmen respektive Verlagerungen, die zur angespannten finanziellen Situation der Stadt Wil wie auch anderer Gemeinden führen. Dennoch: «Massnahmen in unserem Einflussbereich sind sicherlich angebracht. Ausgabenseitig begrüssen wir die vorgesehene Aufgaben- und Leistungsüberprüfung. Doch auch einnahmenseitig besteht Spielraum – ein entsprechender Vorstoss ist lanciert, zudem werden wir einen Antrag beim Grundsteuersatz stellen.» Der SP sei es wichtig, «dass die Stadt Wil auch weiterhin ein attraktives, qualitativ hochstehendes Angebot in verschiedensten Bereichen hat».

Erika Häusermann (GLP) betonte, dass ihre Fraktion «keine Freude am tiefroten Voranschlag 2014 der Stadt Wil» habe. «Ohne die beantragte Steuerfusserhöhung beträgt das Defizit über 6 Millionen – das ist enorm. Wil steht indes nicht alleine da – Bund, Kantone und Gemeinden haben allesamt mit den gleichen Problemen zu

kämpfen. Im Unterschied zur Stadt Wil haben aber andere Städte bereits Massnahmen getroffen – Sparpakete oder Ausgabenkürzungen etc. wurden dort beschlossen.» Die GLP stellen sich daher die Frage, wieso Wil nicht früher reagiert habe. «Die Kostenüberwälzungen sind zwar ärgerlich, aber nicht wirklich überraschend gekommen. Und die versprochenen Einsparungen durch die Gemeindefusion sind bis heute nicht eingetroffen, zudem ist der in Aussicht gestellte Bevölkerungszuwachs nicht gesichert.» Ihre Fraktion begrüsse es die in Aussicht gestellte Aufgaben- und Leistungsüberprüfung. «Der SR warnt aber gleichzeitig davor, dass eine weitere Steuerfusserhöhung nicht ausgeschlossen ist, wenn durch diese Überprüfung die vorgesehenen Verbesserungen nicht erreicht werden können. Nach Ansicht der GLP darf eine solche zweite Erhöhung in kurzer Zeit nicht sein – wir erwarten vom Stadtrat, dass er ein genügend grosses Sparpaket schürt, um im kommenden Jahr ein ausgeglichenes Budget präsentieren zu können.»

Auch **Mario Schmitt (SVP)** sprach die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung an: «Unsere Fraktion begrüsst es, wenn die entsprechende Arbeitsgruppe möglichst schnell installiert wird, um so Optimierungen nutzen zu können und ein entsprechendes Sparpaket zu schnüren.» Der SVP-Fraktion sei es ein Anliegen, «hier in unserer Runde eine Sensibilisierung zu schaffen, ein Bewusstsein dafür, dass wirklich sparen müssen – auch wenn es vielleicht da und dort weh tun wird.» Er befürchte indes, dass dies noch nicht wirklich überall so angekommen sei. «Vielleicht können wir heute Abend mit Anträgen zu Streichungen im Voranschlag 2014 schon erste Schritte in diese Richtung machen», schloss Schmitt.

e) Detailberatung: Voranschlag 2014 der Stadt Wil

Einleitend zur Detailberatung zeigte **GPK-Präsident Klaus Rüdiger** noch einmal einige wichtige Kennzahlen auf. Die Investitionsrechnung beinhalte 14,35 Millionen Franken als Netto-Investitionen; davon seien 6,5 Millionen mit dem Voranschlag 2014 zu bewilligen. Der Stadtrat habe «mit der notwendigen Zurückhaltung budgetiert». Sodann regte er an, dass verschiedene separate, inhaltlich aber zusammenhängende Investitionen für Strassen und Plätze sowie Bahninfrastruktur etc. im Sinne einer Zentrumsgestaltung Bahnhof vielleicht besser zusammengefasst als separate Vorlage dem Parlament unterbreitet werden sollen. Man habe aber davon abgesehen, um anstehende Projekte nicht aufschieben respektive zum Beispiel beim Agglomerationsprogramm allfällige Bundesgelder nicht zu verpassen.

Anschliessend wurde der Voranschlag nach inhaltlichen Kapiteln gegliedert diskutiert.

Allgemeine Verwaltung: keine Voten

Bildung: keine Voten

Kultur, Sport und Freizeit: **Marianne Mettler (SP)** verwies auf den Budgetposten «Schiesstand, statische Verstärkung Dachsanierung Thurau» über 500'000 Franken. Hier sein noch nicht genau geklärt, wie der Kostenteiler mit den Stadtschützen aussehe. Sie stelle keinen Antrag, aber richte die Bitte an den Stadtrat, dass die Beteiligung auch wirklich eingefordert werde.

Verkehr: **Sebastian Koller (Junge GRÜNE, GRÜNE prowil)** stellte namens seiner Fraktion den Antrag, die Investitionsprojekte Knoten Glärnischstrasse-Hubstrasse; Betriebs- und Gestaltungskonzept Obere Bahnhofstrasse; Zentrumsentwicklung Bahnhof; Aufwertung Bahnhof Wil mit der Veloabstellanlage Untere Bahnhofstrasse; dem SBB-Info-Konzept Bahnhof; der Busspur Untere Bahnhofstrasse 1-11; der Arealentwicklung Bleicheplatz; und der Studie Aufwertung Zentrum Wil Bahnhof Süd bis Adler nicht mit dem Voranschlag 2014 zu genehmigen, sondern dem Parlament mit einem separaten Bericht und Antrag «Zentrumsentwicklung Wil» zu unterbreiten. **Stadtrat Marcus Zunzer** führte hierzu aus, dass gewisse Dinge tatsächlich zusammengehörig seien, indes nicht

alle der genannten Vorhaben tatsächlich einen inhaltlichen Zusammenhang haben. Zudem gebe es gewisse Projekte wie beispielsweise das Betriebs- und Gestaltungskonzept Obere Bahnhofstrasse oder die Aufwertung Bahnhof Wil, welche im Agglomerationsprogramm als Projekte der Priorität A aufgeführt seien. «Hier sieht der Bund einen Baubeginn per 2018 vor, diese Frist bedingt eine baldige Planung, wie sie im Voranschlag 2014 so auch vorgesehen ist. Diese Frist nicht einzuhalten hiesse, auf namhafte Bundesbeiträge des Agglo-Programms zu verzichten.» Bei anderen Projekten wie etwa der Busspur Untere Bahnhofstrasse 1-11 seien private Projektträger involviert. Deren Zeitplan könne für eine günstige Projektausführung für diese Busspur genutzt werden. «Den privaten Zeitplan nun durch die Streichung des Planungskredits ungenutzt verstreichen zu lassen, führt zu erheblichen Mehrkosten für die Stadt.» Zusammenfassend hielt Stadtrat Marcus Zunzer fest, dass diese Rahmenbedingungen es notwendig machen, mit diesen Projekten nun ohne Verzögerungen starten zu können. Mitsprachemöglichkeiten habe das Parlament dann im Zuge der Berichte und Anträge zu den einzelnen konkreten Vorhaben. Man sei aber bereit, die Bau- und Verkehrskommission BVK und die Planungskommission in diese Projekte einzubeziehen und in geeigneter Weise mit Informationen zu versorgen, um sie so auf dem Laufenden zu halten. **Guido Wick (GRÜNE prowil)** gab zu Protokoll, dass «viele der Ausführungen von Marcus Zunzer einleuchtend tönen». Es sei aber schon beim Zentrum Süd, heute Stadtmarkt genannt, quasi im letzten Moment gesagt worden, man müsse nur ein Strässchen um einige wenige Meter verschieben, dann habe man einen super Investor, der ein gelungenes Projekt realisiert – sage man nein, so springe der Investor ab. «Wir haben dann diesem Projekt der Strassenverschiebung zugestimmt angesichts dieses Drucks – und nun frage ich Sie: Wer ist der überzeugten Meinung, dass dieses „Zentrum Süd“ ein wirklich gelungenes Projekt ist?» Vor diesem Hintergrund wolle das Parlament gerne in Zukunft nicht mehr quasi erst im letzten Moment wissen, was vorgesehen sei, sondern möchte gerne auf einer gut informierten Basis frühzeitig einbezogen werden, dass dann auch wirklich gute Projekte realisiert werden können. **Sebastian Koller (GRÜNE prowil)** hielt fest, er habe von Stadtrat Marcus Zunzer wenig stichhaltige Argumente gegen seinen Antrag gehört. Zudem sei der Antrag – wenn auch in einer leicht abgeänderten Form – schon mit Marcus Zunzer und Philipp Dörig erörtert worden. **Stadtpräsidentin Susanne Hartmann** hielt fest, dass sie aus eigener Erfahrung wisse, dass der Bund bei der Vergabe solcher Gelder, wie sie nun im Agglomerationsprogramm in Aussicht gestellt werden, knallhart sei: «Wenn die Bedingungen, die der Bund auch in zeitlicher Hinsicht stellt, nicht erfüllt, so gibt es keine Gelder.» **Guido Wick (GRÜNE prowil)** zog daraufhin den Antrag seiner Fraktion zurück. Er hielt aber fest, dass man in den kommenden Jahren keine Kritik hören wolle, was dieses oder jenes Projekt solle, nur weil das Parlament diese Gelder nun gesprochen haben. Er hoffe, dass die nun geführte Diskussion mindestens dieses Bewusstsein geschaffen habe.

Fiskalertrag: Bei dieser Position gehe der Stadtrat von einem Steuerertrag von 83,175 Millionen Franken aus, wovon man 67,285 Millionen Franken als Steuereinnahmen von natürlichen Personen budgetiert habe. In seinen Augen sei dies ein sehr anspruchsvolles Ziel, kritisierte **Norbert Hodel (FDP)**. Er befürchte, dass dieses Ziel keinesfalls realistisch sei, sondern dass das Ergebnis «sogar noch unter dem Ergebnis des laufenden Jahres liegen könnte». **Stadtpräsidentin Susanne Hartmann** entgegnete, diese Zahl sei «realistisch mit einem optimistischen Touch». Die Stadt Wil lehne sich hier an den Prognosen von Bund und Kanton an. «Zudem erwarten wir angesichts der Bautätigkeit und der Zahl bereits fertig gestellter neuer Wohneinheiten ein überdurchschnittliches Einwohnendenwachstum.»

Departement Finanzen, Kultur und Verwaltung FKV: **Adrian Bachmann (FDP)** stellte bezüglich der Standortmarketing-Projektbeiträge den Antrag, den entsprechenden Budgetposten um 20'000 Franken auf 20'000 Franken zu kürzen. «Fakt ist, dass die RegioMäss wohl in naher Zukunft nicht stattfinden wird – ein entsprechender Beitrag wird deshalb nicht benötigt. Es scheint nun fragwürdig, wenn dieses Geld einfach für eine andere Idee eingesetzt werden soll – nämlich für so genannte Wiler Gutscheine.» Diese Gutscheine seien «als nette Geste für Neuzuziehende gedacht als Dank dafür, dass sie in unsere Stadt gezogen sind – doch das ist in unseren Augen nicht nötig.» Der Betrag sei nicht gross – Sparen fange indes beim Kleinen an. Er mache daher beliebt, diesen Posten zu streichen: «Niemand wird diese Gutscheine vermissen.» **Stadtpräsidentin Susanne Hartmann** zeigte auf, dass Standort-Förderung ist in erster Linie Bestandspflege der bestehenden natürlichen und juristischen

Personen sei. «Natürliche Personen sollen ein Zeichen der Wertschätzung erhalten, diese Gutscheine bieten eine gute Gelegenheit hierfür. Zudem wollen wir die Vielfalt der Stadt Wil bekannt machen und verschiedene Angebote unterstützen – wir sehen hier Synergieeffekte mit dem besagten Zeichen zugunsten der Neuzugezogenen.»

Norbert Hodel (FDP) unterstützte den Antrag von Adrian Bachmann: Diese Geste für die Neuzugezogenen komme ihm vor «wie ein Gutschein beim Wechsel von einem zum anderen Telekomanbieter. Das ist zwar schön, aber als langjähriger, treuer Kunde kommt man sich dann manchmal etwas verschaukelt vor.» Die Stadt Wil habe attraktivere Angebote, da brauche es diese Gutscheine nicht.

Die **SP-Fraktion** kritisierte, dass die Beiträge für Integrationsprojekte gekürzt werden sollen mit der Begründung, dass diese Gelder in den letzten drei Jahren jeweils nicht ausgeschöpft worden seien. Dies liege einerseits daran, dass die Integrationskommission die entsprechenden Gesuche kritisch prüfe, und andererseits auch daran, dass das Angebot in der Bevölkerung noch zu wenig bekannt sei. «Diesen Betrag nun zu kürzen, wäre das falsche Signal.» Man beantrage daher, im Voranschlag 2014 im entsprechenden Konto einen Betrag von 20'000 Franken für Beiträge an Integrationsprojekte zu budgetieren. **Stadtpräsidentin Susanne Hartmann** legte dar, dass es sich nicht um eine Kürzung handle, sondern um eine realistische Anpassung: «Wir möchten diese Position dem effektiven Bedarf anpassen; dies ist notabene auch abgesprochen mit dem Leiter der Fachstelle Integration.»

Ihm sei bewusst, dass er sich mit dem nachfolgenden Antrag «unbeliebt» mache, dennoch bringe er ihn im Namen seiner Fraktion ein, leitete **Mario Schmitt (SVP)** sein Votum ein. Die SVP beantrage, die Entschädigung des Stadtrats für das Jahr 2014 um 5 Prozent von 788'700 auf 749'265 Franken zu reduzieren. «Angesichts der künftigen Sparmassnahmen kann so ein positives Zeichen gesetzt werden, wenn der Stadtrat auch etwas dazu beiträgt.» Es handle sich um einen symbolischen Akt – «jetzt müend mir». Mario Schmitt betonte, dass sein Antrag «keineswegs Ausdruck davon sein soll, die SVP sei unzufrieden mit der vom Stadtrat geleisteten Arbeit». **Stadtpräsidentin Susanne Hartmann** –antwortete, dass eine solche Kürzung der Stadtratsentschädigung auch ein mögliches Ergebnis der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung sein könne. «Wir ziehen hier keine Grenze und nehmen nichts von dieser Überprüfung aus.»

Sodann stellte **Mario Schmitt (SVP)** einen zweiten Antrag in Namen der SVP-Fraktion: «Im Vergleich zum letzten Budget ist die Position Personalwerbung schon um 10'000 Franken reduziert worden, der Stadtrat will dies insbesondere über schlankere Inserate erreichen. Aber wenn ja gar keine neue Stellen bewilligt werden, dann müssen auch gar keine respektive nur wenige Inserate für Ersatz-Anstellungen bei Personalabgängen geschaltet werden.» Er beantrage daher, das Konto Personalwerbung zusätzlich um 20'000 auf noch 10'000 Franken zu reduzieren.» **Stadtpräsidentin Susanne Hartmann** entgegnete, dass man Gelder für Personalwerbung benötige – für die Stadt Wil seien insbesondere auch viele jüngere Mitarbeitende tätig, was zu einer gewissen Fluktuation führe, die es zu ersetzen gelte.

Departement Bildung und Sport BS: **Nathanael Trüb (SVP)** stellte namens der SVP den Antrag, im Konto Sonderpädagogische Massnahmen das Budget mit 5'958'300 Franken nicht mehr weiter zu erhöhen. «Grundsätzlich ist es gut, dass schwächere Kinder gefördert werden, aber in der heutigen Zeit wird fast ein wenig zu viel abgeklärt und diagnostiziert. Ein so grosser Posten kann sicher besser und effizienter genutzt werden.» Als Pädagoge wisse er, dass es eine Grenze gebe, bis zu der gefördert und unterstützt werden könne – «darüber hinaus ist das Geld nicht mehr sinnvoll und nutzbringend eingesetzt.» Für Massnahmen wie beispielsweise Unterrichtsassistenz oder Teamteaching-Stunden sei es besser investiert: «So gibt es viel mehr Ertrag für die gleichen Kosten.» **Stadträtin Marlis Angehrn, Vorsteherin des Departements Bildung und Sport**, verwies darauf, dass die Abklärungen in einem anderen Konto aufgeführt seien; in diesem Konto gehe es um die richtigen sonderpädagogischen Massnahmen. «Klassenhilfen sind in finanzieller Hinsicht sicherlich günstiger als eine schulische Sonderpädagogin. Wenn die Entlastung für die Lehrperson das Ziel ist, dann ist es der richtige Weg. Wenn aber beispielsweise im Bereich der Legasthenie eine Massnahme benötigt wird, dann muss eine entsprechend ausgebildete Fachperson aktiv werden, keine unterstützende Klassenhilfe.» Sie warne davor, bei einer derart wichtigen

Frage einzusparen. **Roland Bosshart (CVP)** hielt fest, dass es sich räche, wenn in diesem Bereich gespart werde. «Damit wird am falschen Ort gespart, nämlich auf dem Buckel der schwächsten Kinder.» Es sei wichtig, dass Kinder frühzeitig die richtige Förderung durch ausgebildete Fachpersonen erhalten. Daher mache er dem Parlament beliebt, diesen Antrag abzulehnen. Anschliessend stellte **Guido Wick (GRÜNE prowil)** einen Ordnungsantrag: Das Parlament könne nicht über diesen Antrag abstimmen. Dieser Ordnungsantrag fand im Parlament eine Mehrheit, sodass er nicht zur Abstimmung gelangte.

Ursula Egli (SVP) bezog sich in einem Votum auf die Einführung des Mittagstisches in Rossrüti. «Die beiden Angebote Mittagstisch und Tagesfamilien müssten gleichgestellt sein von den Tarifen her, sodass die Angebote gleichwertig sind.» Sie stellte daher einen Antrag bezüglich verschiedener Konten rund um dieses Mittagstisch-Angebot – die entsprechenden Kosten seien jeweils zu kürzen. Durch einen Ordnungsantrag wurde dieser Antrag in zwei Einzelaufträge jeweils bezogen auf ein Konto gesplittet (Kürzung Löhne Konto 21801.30100 Tagesstrukturen um Fr. 20'000- sowie Kürzung Betriebs- und Verbrauchsmittel, Lebensmittel, Anschaffung Mobiliar und Geräte, Dienstleistungen Dritter Konti 21801.31010 bis 31300 um Fr. 15'000-). **Stadträtin Marlis Angehrn** griff dieses Votum auf: Die Diskrepanz zwischen dem Mittagstisch Rossrüti und den Tagesfamilien sei bereits festgestellt worden, man sei deshalb auch im Gespräch mit den Tagesfamilien und haben bereits einen Lösungsvorschlag. Dabei sei der Mittagstisch eine gebundene Ausgabe – «wir müssen diese Nachfrage befriedigen». Der Mittagstisch Rossrüti decke nur die Übernachtung ab – an den anderen Tagen, an denen die Nachfrage alleine durch die Tagesfamilien gedeckt werden könne, werde der Mittagstisch auch gar nicht angeboten.

Departement Bau, Umwelt und Verkehr BUV: **Mario Schmitt (SVP)** stellte namens seiner Fraktion verschiedene Anträge, die sich auf Honorare externer Berater, Gutachter und Fachexperten bezogen. Die SVP sage nicht nur Nein zur Neuschaffung von Stellen, sondern auch «zu versteckten Neuschaffung von Stellen via Honorare externer Berater, Gutachter und Fachexperten.» Im Bereich Stadtsaal sei sodann auf den Budgetposten für Dienstleistungen Dritter zu verzichten. Dies sei eines seiner Lieblingsthemen: «Der Stadtsaal ist einmal mehr ein Problemkind, das Mehrkosten verursacht – ein Fass ohne Boden», kritisierte Schmitt. Ein weiterer Antrag der SVP bezog sich auf für die Stadtgärtnerei vorgesehene Anschaffungen von Geräten und Maschinen. «Mit der Gemeindevereinbarung sind sicherlich zusätzliche Aussenanlagen zur Stadt hinzugekommen, die es zu pflegen gilt. Ich gehe aber davon aus, dass diese zuvor schon in Bronschhofer Zeiten gepflegt wurden und die entsprechenden Maschinen dafür zur Verfügung standen.» Dieses Konto sei daher zu reduzieren. Bezüglich der externen Honorare erklärte **Stadtrat Marcus Zunzer**, diese seien vor allem notwendig, um den Hochbauchef zu entlasten. «Auf dieser Stelle sind rund 300 Überstunden aufgelaufen in diesem Jahr. Insbesondere Sportpark Bergholz hat einen sehr hohen Aufwand mit sich gebracht, diese Belastung wollen wir nun abfedern, weil dieses Projekt auch im nächsten Jahr noch grossen Aufwand mit sich bringt.» Da es sich um eine temporäre Entlastung handle, wolle man dies nicht über Stellenbegehren, sondern über externe Unterstützung lösen. Bezüglich der Anschaffungen für die Stadtgärtnerei hielt Stadtrat Zunzer fest, dass die Pflege der betreffenden Aussenanlagen vorher eingekaufte Dienstleistungen Dritter waren. «Dafür waren keine eigenen Maschinen vorhanden. Nun werden diese Arbeiten durch eigene Leute erbracht, diese brauchen aber das entsprechende Gerät.»

Departement Versorgung und Sicherheit VS: **Norbert Hodel (FDP)** merkte an, dass im Konto Parkbussen gegenüber 2013 eine Erhöhung um über 36 Prozent budgetiert sei. Er sei auch für Parkbussen, er warne aber vor «Zürcher Verhältnissen, einfach jeden unbesehen „Hafchäs“ zu büssen und diese Milchkuh zu schröpfen». Er bitte um das nötige Fingerspitzengefühl.

Departement Soziales, Jugend und Alter SJA: Er gratuliere dem Stadtrat zu den im Konto Rückerstattung Alimenterbevorschussung budgetierten 500'000 Franken, hielt **Norbert Hodel (FDP)** fest. «Dieser Betrag ist ein hohes Ziel, da bin ich eher skeptisch: Dies zu erreichen ist sehr anspruchsvoll.»

Ursula Egli (SVP) bezog sich in verschiedenen Anträgen auf den Jugendbereich. So habe das Unicef-Label keinen Zusammenhang mit der Jugendfürsorge – sie beantrage daher die Kürzung dieser entsprechenden Position Jugendfürsorge Dienstleistungen Dritter um 19'000 Franken. Im Bereich Jugendarbeiter in Ausbildung beantragte sie sodann die Streichung des Betrages von 9'500 Franken für Aus- und Weiterbildung. Sie sei der Meinung, dass die Jugendarbeiter in Ausbildung ihre Ausbildung selber bezahlen sollen, da sie ja auch einen regulären Lohn beziehen. Beim Beitrag an Jugendprojekte beantragte Ursula Egli eine Kürzung um die Hälfte. Der vorgesehene Betrag «steht in keiner Relation zum Ertrag». diese Jugendprojekte. Bezüglich Soziale Dienste beantragte sie zudem eine Kürzung der Lohnsumme um 18'000 Franken, der Position Weiterbildung um 12'000 Franken und der Postgebühren/Versandspesen um 10'000 Franken. Alle diese Massnahmen seien «ein kleiner Anfang, etwas einzusparen, ohne die Attraktivität der Stadt Wil zu schmälern.» **Stadtrat Dario Sulzer, Vorsteher des Departements SJA**, machte beliebt, diese Anträge abzulehnen. Die Bemühungen um das Unicef-Label seien mit einem Vorstoss aus dem Parlament angeregt worden, erste Schritte seien bereits umgesetzt. Hier nein zu sagen hiesse, Verlässlichkeit zu verlieren. Die Beiträge an die Jugendarbeiter in Ausbildung seien gut investiert: Einerseits dauere die Ausbildung vier Jahre, dazu komme eine zeitliche Verpflichtung infolge des Beitrages an die Ausbildung. «Das schafft eine langfristige Bindung an die Stadt, wohingegen in der Jugendarbeit ansonsten viel kürzere Zeiten und höhere Fluktuationen die Norm sind.» Zudem seien diese Mitarbeitenden als «in Ausbildung» eingestuft – daher seien die bezahlten Löhne entsprechend eher tief. Auch bezüglich Jugendprojekten sprach sich Dario Sulzer gegen eine Kürzung aus: Diese Projekte seien sehr beliebt und würden rege genutzt. Wenn man die Fülle und Qualität der Projekte anschau, könne man nur staunen, was da alles bewerkstelligt werde. Es habe zudem in dieser Position keine Reserven drin, die eingestellten Gelder seien alle für konkrete Projekte vorgesehen. Bezüglich der Lohnsumme und der Beiträge für die Aus- und Weiterbildung haben die Sozialen Dienste «bereits schmerzhaft Einschnitte gemacht in der stadträtlichen Kürzungsrunde», so Stadtrat Sulzer. «Es handelt sich hierbei um hoch anspruchsvolle Aufgaben, auch in Kontakt mit sehr anspruchsvollen Klienten – daher sind gut aus- und weitergebildete Mitarbeitende sehr wichtig.» Hier Kürzungen vorzunehmen würde diese Qualität beeinträchtigen. Bezüglich der Postgebühren bestätigte der Departementsvorsteher SJA den hohen Aufwand. «Wir verschicken sehr viele Verfügungen, viele davon müssen eingeschrieben versandt werden.» Daraus würden sich die hohen Kosten ergeben, welche aber nicht einfach so reduziert werden können.

Departement Bildung und Sport BS: Bezüglich des **Voranschlags 2014 der Stadt Wil** unterstützt die **GPK** die Anträge des Stadtrats ebenfalls und stellt zudem den folgenden, eigenen Antrag: «Die vom Stadtrat am 25. September 2013 bewilligten Stellenbegehren bzw. Anpassungen im Konto 21902.30100 Löhne Schulverwaltung (Erhöhung der Stelle Departementsassistentin von 80% auf 100% und die Erhöhung der Stelle Sachbearbeiterin Schulbetrieb von 50% auf 100%) seien auf ein Jahr zu befristen.» Die GPK fordere für den Voranschlag 2015 das Departement BS auf, die beiden auf drei Jahre befristeten Stellenbegehren auf ein Jahr zu befristen und die nachfolgenden zwei Jahre auf dem ordentlichen Verfahrensweg neu zu beantragen, um die Notwendigkeit der zusätzlichen Stellenbegehren nachzuweisen, begründet die GPK diesen Antrag. **Mario Schmitt (SVP)** stellte namens seiner Fraktion einen Gegenantrag hierzu: Auf diese Stellenaufstockung sei jetzt zu verzichten, später seien diese beiden Stellenerhöhungen auf dem ordentlichen Weg mit einem Bericht und Antrag zu beantragen. **Stadträtin Marlis Angehrn** legte dar, dass diese Aufstockungen durch eine ausserordentliche Situation infolge hoher Arbeitsbelastung notwendig seien. «Der Stadtrat musste im Sinne der Fürsorgepflicht für seine Mitarbeitenden sehr rasch handeln, daher konnte der ordentliche Weg bezüglich Stellenbegehren nicht eingehalten werden.» Dies sei auch der GPK so mitgeteilt worden. «Nun bin ich überrascht über diesen Antrag der GPK und der SVP.» Eine langjährige Mitarbeiterin fiel infolge der sehr hohen Be- und Überlastung krankheitsbedingt aus. Man wolle nicht eine junge Frau verheizen, indem sie, die sich noch einarbeiten müsse, gleich das volle übergrosse Pensum übernehmen muss. Gleiches gelte analog auch für die zweite Stellenaufstockung. Hier übernehme eine junge Frau anspruchsvolle, qualifizierte Sachbearbeiter-Aufgaben insbesondere im Bereich des Schreibens von Vorlagen und der Beantwortungen von Vorstössen. **Adrian Bachmann (FDP)** hielt namens der FDP fest, man habe nicht das Gefühl, dass die Mitarbeitenden auf der Schulverwaltung zu wenig arbeiten, im Gegenteil: «Diese Maschine

läuft sehr hochtourig.» Eine Möglichkeit wäre es, einfach wegzuschauen – «doch dies ist ein riskanter, wenig konstruktiver Ansatz.» Eine zweite Möglichkeit wäre es, «in einen hungrigen Schlund einfach Nahrung zu werfen in der vielleicht trügerischen Hoffnung, das der Schlund dann allenfalls satt wird». Tatsache sei aber, dass der Bewilligungsprozess für neue Stellen respektive Stellenaufstockungen hier nicht eingehalten worden sei. «Es wäre allen anderen gegenüber nicht fair und würde auch ein schlechtes Zeichen setzen, dies jetzt einfach zu tolerieren.» Vor diesem Hintergrund spreche er sich für einen dritten Weg aus – auch wenn dieser nicht der einfachste sei: «Es gilt nun im Departement Bildung und Sport, das eigene Handeln zu hinterfragen – zu prüfen, ob das eigene Tun und die eigenen Strukturen auch möglichst zweckmässig, effizient und effektiv sind.» Genau dies gewähre der GPK-Antrag, indem er ein Jahr zur Verfügung stelle und anschliessend neu entschieden werden könne. **Christoph Hürsch (CVP)** verwies darauf, dass die Departementsleitung BS seit Jahren personell sehr schlank unterwegs sei und dabei stets sehr gute Arbeit geleistet wurde. «Mehraufgaben auch infolge der Gemeindevereinigung, der Verlust von Knowhow durch Fluktuationen und Ausfälle von Mitarbeitenden haben die sowieso schon dünne Personaldecke überstrapaziert – es brauchte zum damaligen Zeitpunkt rasche, entschiedene Massnahmen und unternehmerisches Handeln seitens des Stadtrats. Leider konnte dabei der ordentliche Weg nicht eingehalten werden, sodass gewisse formale Regeln verletzt wurden. **Stadtpräsidentin Susanne Hartmann** betonte, dass der Bedarf an personellen Ressourcen im Departement BS klar ausgewiesen sei – auch schon seit mehreren Jahren. Marlis Angehrn als Departementsvorsteherin habe sich entschuldigt, dass der ordentliche Weg nicht eingehalten werden konnte – «hier musste in einer ausserordentlichen Lage ausserordentlich gehandelt werden». **Mario Schmitt (SVP)** merkte an, dass die Gemeindevereinigung scheinbar immer noch sehr viel Arbeit beschere – er freue sich auf den Tag, «wenn diese Fusion auch den versprochenen Gewinn abwirft». Er ziehe den Gegenantrag der SVP zugunsten des GPK-Antrags zurück. **Peter Eberle (CVP)** rief dazu auf, unternehmerisch zu denken: «Besondere Situationen machen besondere Entscheide notwendig. Der Weg ist sicherlich nicht ganz richtig gewesen, das hat der Stadtrat ja auch eingesehen – dennoch musste er rasch handeln.» Er mache daher beliebt, den GPK-Antrag abzulehnen. **GPK-Präsident Klaus Rüdiger** zeigte auf, dass sich die GPK sehr genau überlegt habe, was ihr Antrag für eine Wirkung habe. «Unser Antrag ist auch ein Zeichen an den Stadtrat, die an sich bekannten und festgelegten Abläufe für Stellenbegehren ernst zu nehmen und diese auch konsequent einzuhalten.» **Sebastian Koller (Junge GRÜNE, GRÜNE prowil)** zeigte sich angesichts des Stellenplans verwirrt – darin seien die beiden Stellen nicht auf drei, sondern auf ein und auf zwei Jahre befristet. **Stadtpräsidentin Susanne Hartmann** legte dar, dass der Stellenplan in diesem Punkt nicht mehr nachgeführt worden sei angesichts der Kürze der Zeit – beide Stellen seien bis 2016 vorgesehen.

Der Grundsteuersatz für das Jahr 2014 sei auf 0,8 statt auf 0.6 Promille festzusetzen, beantragte **Mark Zahner (SP)** namens seiner Fraktion. Seit Jahrzehnten liege der Grundsteuersatz schon auf diesem Wert, die SP sei der Meinung, dass dieser in Zeiten einer finanziell angespannten Lage auch einmal überdacht werden könne. Diese Erhöhung würde eine Entlastung des Budgets um 1 Million bedeuten. «Tatsache ist, dass ein Gebäude Privater für die Stadt auch immer Kosten auslösen, sei es beispielsweise der Unterhalt der zuführenden Strassen oder der Winterdienst etc. Die Angst, dass wegen der Erhöhung der Grundsteuer weniger Neuzuziehende nach Wil kommen könnten, ist nicht zutreffend, auch im Vergleich mit anderen Gemeinden: In rund 60 Gemeinden im Kanton St. Gallen, das sind fast 80 Prozent, liege die Grundsteuer auf dem Maximalsteuersatz, auf 0,8 Promille.» Für einen Eigentümer einer Liegenschaft im Wert von gut 1 Million Franken mache die Erhöhung der Grundsteuer um 0,2 Promille lediglich rund 200 Franken im Jahr aus. «Wir müssen nicht nur Sparbemühungen machen, sondern auch die Einnahmenseite optimieren. Schlachten wir doch endlich diese heilige Kuh.» **Norbert Hodel (FDP)** kritisierte diese «alljährliche Forderung der SP». «Wir müssen ja nicht immer den gleichen „Schmarren“ machen wie die anderen Gemeinden. Zudem werden nicht nur die Eigentümer zur Kasse gebeten, sondern auch die Mieter, denn diese Grundsteuer wird auch auf die Mieten überwält.» **Reto Gehrig (CVP)** hielt fest, dass die Grundsteuer ursprünglich für Dienstleistungen eingeführt worden sei, welche für Hausbesitzer von der öffentlichen Hand erbracht werden wie etwa Abfall- und Grüngutentsorgung etc. «Heute werden für viele dieser Dinge spezielle Gebühren erhoben – die Grundsteuer wurde aber trotzdem beibehalten. Und nun soll diese Grundsteuer sogar noch erhöht werden?» Zudem habe der Bauboom auch Einnahmen und grosse Erträge für die Stadtkas-

se gebracht. Wenn diese dann wegfallen, dann wäre das Loch noch grösser. Es sei nicht das Ziel, «einfach die Gebühren anzapfen und den Bürgern so Geld aus der Tasche ziehen. Dies entspricht nicht unseren Ansinnen.» **Mario Schmitt (SVP)** unterstütze dieses Votum von Reto Gehrig und mache beliebt, den Antrag der SP abzulehnen. **Christoph Hürsch (CVP)** sprach sich dafür aus, nichts vorwegzunehmen: «Lassen wir doch den Stadtrat alle Möglichkeiten prüfen, daher ist der Antrag abzulehnen.» **Guido Wick (GRÜNE prowil)** hingegen warb für Unterstützung des Antrags: «Dieser Antrag ist notwendig. Wir müssen eine Suppe auslöffeln, die uns der Kanton eingebrockt hat.» Dabei tue es einem Hausbesitzer nicht weh, wenn die Grundsteuer auf 0,8 Promille erhöht werde – «aber die Stadt Wil wird es merken und es wird wehtun, wenn wir noch eine Million mehr sparen müssen.» Zudem sei es verboten, die Grundsteuer auf die Mieter abzuwälzen, verneinte er ein Votum von Norbert Hodel. **Hans Moser (CVP)** sprach sich gegen die Erhöhung des Grundsteuersatzes aus: «Nur weil 60 andere Gemeinden auf diesem Satz sind, ist das für Wil kein Grund, den eigenen Satz ebenfalls zu erhöhen.» Dies sei an den Haaren herbeigezogen, zumal es oftmals Gemeinden seien, die sich im Finanzausgleich befänden und daher den Maximalsteuereffuss einziehen müssen, um Ausgleichsgelder zu erhalten. **Sebastian Koller (Junge GRÜNE, GRÜNE prowil)** verneinte dies: Es gebe auch andere Gemeinden, die den Maximal-Grundsteuersatz erheben, aber tiefere Steuerfüsse haben.

f) Abstimmungen: Voranschlag 2014 der Stadt Wil

- Antrag FDP-Fraktion: Der Budgetposten unter Konto 85002.36360 (Standortmarketing / Projektbeiträge) sei um 20'000 Franken auf 20'000 Franken zu kürzen.
Dieser Antrag wurde mit 29 Ja- zu 14 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.
- Antrag SP-Fraktion: Im Voranschlag 2014 sei im Konto Nr. 57906.36360 ein Betrag von Fr. 20'000.- für Beiträge an Integrationsprojekte zu budgetieren
Dieser Antrag wurde mit 11 Ja- zu 32 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.
- Antrag SVP-Fraktion: Das Konto 02202.30910 Personalwerbung sei im Voranschlag 2014 um Fr. 20'000.- auf Fr. 10'000.- zu reduzieren.
Dieser Antrag wurde mit 9 Ja- zu 34 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.
- Antrag SVP-Fraktion: Die Entschädigung Stadtrat im Konto 01201.30520 sei im Voranschlag 2014 um 5% von Fr. 788'700.- auf Fr. 749'265.- zu reduzieren.
Dieser Antrag wurde mit 10 Ja- zu 34 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.
- Antrag Ursula Egli (SVP): Kürzung Löhne Tagesstrukturen 21801.30100 um Fr. 20'000.-.
Dieser Antrag wurde mit 9 Ja- zu 33 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.
- Antrag Ursula Egli (SVP): Kürzung Betriebs- und Verbrauchsmittel, Lebensmittel, Anschaffung Mobiliar und Geräte, Dienstleistungen Dritter Konti 21801.31010 bis 31300 um Fr. 15'000.-.

Dieser Antrag wurde mit 10 Ja- zu 35 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

- Antrag SVP-Fraktion: Das Konto 31201.31320 Honorare externer Berater, Gutachter, Fachexperten etc. sei um Fr. 19'000.- auf Fr. 28'000.- zu reduzieren.

Dieser Antrag wurde mit 14 Ja- zu 29 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

- Antrag SVP-Fraktion: Auf die Budgetierung von Fr. 25'000.- im Konto 32911.31300 Dienstleistungen Dritter sei zu verzichten.

Dieser Antrag wurde mit 19 Ja- zu 23 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

- Antrag SVP-Fraktion: Das Konto 34221.31110 Stadtgärtnerei – Anschaffung Geräte und Maschinen sei um Fr. 34'000.- auf Fr. 7'000.- zu reduzieren.

Dieser Antrag wurde mit 16 Ja- zu 29 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

- Antrag SVP-Fraktion: Auf die Budgetierung von Fr. 50'000.- im Konto 61503.31320 Honorare externer Berater, Gutachter, Fachexperten etc. sei zu verzichten.

Dieser Antrag wurde mit 17 Ja- zu 26 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

- Antrag SVP-Fraktion: Das Konto 72021.31320 Honorare externer Berater, Gutachter, Fachexperten etc. sei um Fr. 30'000.- auf 3'500.- zu reduzieren.

Dieser Antrag wurde mit 15 Ja- zu 28 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

- Antrag Ursula Egli (SVP): Jugendfürsorge – Kürzung des Kontos 54401.31300 Dienstleistungen Dritter um Fr. 19'000.-

Dieser Antrag wurde mit 13 Ja- zu 31 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

- Antrag Ursula Egli (SVP): Jugendarbeit – Konto 54402.30900 Streichung des Betrages Aus-/Weiterbildung von Fr. 9'500.-

Dieser Antrag wurde mit 8 Ja- zu 37 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

- Antrag Ursula Egli (SVP): Jugendarbeit – Konto 54402.31307 Kürzung des Betrages Jugendprojekte um Fr. 17'500.-

- *Dieser Antrag wurde mit 13 Ja- zu 30 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.*

- Antrag Ursula Egli (SVP): Soziale Dienste – Konto 57901.30900 Aus-/Weiterbildung: Kürzung um Fr. 19'000.-

Dieser Antrag wurde mit 14 Ja- zu 31 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

- Antrag Ursula Egli (SVP): Soziale Dienste – Konto 57901.30990 übriger Personalaufwand: Kürzung um Fr. 25'000.-
Dieser Antrag wurde mit 14 Ja- zu 30 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

- Antrag Ursula Egli (SVP): Soziale Dienste – Konto 57901.31302 Postgebühren/Versandspesen: Kürzung um Fr. 10'000.-
Dieser Antrag wurde mit 12 Ja- zu 31 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

- Antrag der GPK: Die vom Stadtrat am 25. September 2013 bewilligten Stellenbegehren bzw. Anpassungen im Konto 21902.30100 Löhne Schulverwaltung (Erhöhung der Stelle Departementsassistentin von 80% auf 100% und die Erhöhung der Stelle Sachbearbeiterin Schulbetrieb von 50% auf 100%) seien auf ein Jahr zu befristen.
Der Antrag der GPK wurde mit 23 Ja- zu 16 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

- Antrag 1 des Stadtrats: Der Steuerfuss für das Jahr 2014 sei auf 129% der Einfachen Steuer festzusetzen.
Der Antrag des Stadtrats wurde mit 36 Ja- zu 8 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

- Antrag 2 des Stadtrats: Der Grundsteuersatz für das Jahr 2014 sei auf 0,6 Promille festzusetzen.
▪ Gegenantrag SP-Fraktion: Der Grundsteuersatz für das Jahr 2014 sei auf 0,8 Promille festzusetzen.
Der Antrag des Stadtrats obsiegte mit 30 Stimmen u 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen über den Antrag der SP.
Der obsiegende Antrag des Stadtrats wurde sodann mit 37 Ja- zu 2 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

- Antrag 3 des Stadtrats: Der Voranschlag der Erfolgs- und der Investitionsrechnung der Stadt Wil für das Jahr 2014 sei zu genehmigen.
Der Antrag des Stadtrats wurde mit 38 Ja- zu 6 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

- Antrag 4 des Stadtrats: Es sei festzustellen, dass die Beschlüsse gemäss Ziffern 1-3 Anträge des Stadtrats dem fakultativen Referendum unterstehen.
Parlamentspräsident Michael Sarbach stellte dies fest, nachdem aus der Mitte des Parlaments kein Einwand erhoben wurde.

Kommissionsbestellung

An der heutigen Sitzung des Stadtparlaments wurden keine nicht ständige Siebner-Kommissionen bekannt gegeben.

Parlamentarische Vorstösse

An der heutigen Sitzung des Stadtparlaments wurden folgende parlamentarischen Vorstösse eingereicht:

- **Postulat Marianne Mettler (SP):** Finanzhaushalt der Stadt Wil.
- **Interpellation Kilian Meyer (SP):** Steuerausfälle und Sozialhilfekosten wegen Tiefst-Löhnen: Was ändern Mindestlöhne?

Rücktritte

Klaus Rüdiger (SVP) gab seinen Rücktritt als Präsident der Geschäftsprüfungskommission GPK des Stadtparlaments auf Ende dieses Jahres bekannt.

Marc Bachmann (FDP) gab ab nach zweieinhalb Jahren Parlamentszugehörigkeit seinen Austritt aus dem Stadtparlament auf Ende dieses Jahres bekannt.

Parlamentspräsident Michael Sarbach sprach Klaus Rüdiger und Marc Bachmann seinen herzlichen Dank für die geleistete Arbeit aus, das Parlament verdankte diese Arbeit mit Applaus.

Schluss der Sitzung

Präsident Michael Sarbach schloss die heutige Sitzung um 23.10 Uhr.